



Offener Brief von Rosa Luxemburg an die RAF, die RZ sowie die autonome und antiimperialistische Bewegung. Teil 2

Eine Polemik

Form und Inhalt: Militanz und Revolution

Ihr denkt immer noch, daß ich übertreibe, wenn ich Eure neuen PolitikerInnen mit Bernstein vergleiche? Ich will Euch deshalb noch etwas anderes berichten: Ich hatte einige Zeit lang die GRÜNEN mit Interesse beobachtet (79) - nicht weil ich gedacht hätte, sie seien eine sozialistische Partei, sondern aufgrund ihrer unkonventionellen, eine zeitlang desintegrativen politischen Formen, die sie benutzt haben. (Inzwischen denke ich, daß mir bei meinen Hoffnungen in die GRÜNEN - wenn auch auf anderer Ebene/mit anderer Radikalität und anderen Konsequenzen - ein Fehler unterlaufen ist, der auch Euch in Euren Militanz-Debatten häufig unterläuft: *Die Überschätzung der radikalen, desintegrativen Form gegenüber der Notwendigkeit einer tatsächlich revolutionären inhaltlichen Bestimmung*. Gerade wiederholt Ihr den Fehler erneut, wenn viele von Euch die in Weiterstadt produzierten 200 Mio. DM-Sachschaden als Beleg dafür interpretieren, daß die neue Politik der RAF nicht reformistisch sein *könne*. Nur wenige von Euch sehen dieses Problem mit der von Jenny (in einer Broschüre, in der die Diskussion einer Gruppe über die Erklärung der RAF vom August letzten Jahres dokumentiert ist) ausgedrückten Klarheit. Sie sagt dort: "Also ich habe revolutionäre Politik schon bisher nicht am Mittel orientiert, sondern vielmehr - wie ich schon vorhin gesagt habe - an der Machtfrage. Und deshalb kann ich auch Kämpfe der Bevölkerung falsch oder reformistisch finden (...) also sich nicht nur auf die Teilbereiche beschränken, also daß Du das Ziel einfach immer vor Augen hast." (80). Aber zurück zu den GRÜNEN: Ich will Euch noch etwas über deren Anpassungsprozeß erzählen - vielleicht seht Ihr ja dann, daß die ähnlichen Formulierungen bei Euch in der Debatte und bei Bernstein keine Zufälle sind, sondern die Sprache einer Politik der Anpassung an das Bestehende.

Katastrophismus und der moralische Druck in Richtung "Realpolitik"

Um ihre neue Politik durchzusetzen, hatten die grünen "RealpolitikerInnen" gezielt eine auf die Partei bezogene (angebliche Gefahr des Sektenwesens) und globale (ökologische, soziale und militärische) Katastrophe beschworen, um so diejenigen, die nicht alles - also auch den Reformismus - versuchen, um die Katastrophe abzuwehren, der moralischen Verantwortungslosigkeit zu bezichtigen. So schrieb beispielsweise Antje Vollmer: "Die Möglichkeit des Untergangs der Menschheit ist real, wird täglich handfester - und zwar auf beiden Wegen des nuklearen Showdown und der ökologischen Katastrophe." (81) "Ist es im Anblick der drohenden Katastrophen links und legitim, Reformismus zu verteuflern?" (82) "Jede grundlegende Umgestaltung, jede Art von Revolution" - das schreibt Antje Vollmer(!), nur damit Ihr wißt, was Karl-Heinz Dellwos laue Rede von einer "fundamentalen Umwälzung" der "kapitalistischen Verhältnisse" (83) bedeutet: Nichts anderes nämlich als die "rein psychologische Versicherung", daß er seine faktische Politik *für* diese Verhältnisse "nicht mit Genuß, sondern mit Widerwillen" macht, "daß er an seiner opportunistischen Politik selbst keine Freude hat, daß sein Herz besser als sein Kopf ist!" (84) - "(...) muß auf eine möglichst ökologische und menschliche Zukunft auch dieses Systems setzen. Wir müssen den Kapitalismus daran hindern, sich selbst abzuschaffen, indem er die ganze Menschheit abschafft." (85) Auch der ehemalige Sponti vom revolutionären Kampf in Frankfurt/Main und spätere grüne "Realpolitiker", Joschka Fischer+++ und andere schrieben 1988: "Der *Kollaps der Umwelt* zeigt sich Tag für Tag an neuen Skandalen. Wer sich angesichts dieser Situation den Luxus des *folgenlosen Entlarvens* leistet und damit den unökologischen Wachstumspfad weiter toleriert, macht sich mitschuldig. Wir fordern von der ganzen grünen Partei ein, sich endlich ihrer *Teilhabe an dieser Gesellschaft* bewußt zu werden. Wir sind, auch wenn viele das nicht wahrhaben möchten, Teil dieser Gesellschaft." (86)

Innerparteilich wurde die Alternative "Sein oder Nichtsein" (87) an die Wand gemalt, vor dem "Abmarsch ins selbstgewählte Sektenghetto" (88) gewarnt und statt dessen ein Projekt empfohlen, "das die Diskussion mit der *Gesellschaft* sucht" (89) bzw. für einen "neuen Aufbruch der GRÜNEN in die Gesellschaft hinein" plädiert, um "aus den schwierigen Bedingungen" heraus "die Oppositionsrolle (sic!) neuzugestalten". (90)

Gestaltung statt Analyse...

Und heutzutage bei Euch? Lutz Tauber schreibt in einem Brief vom Januar 1993 unter der Überschrift "*Gesellschaft oder Ghetto*": "die welt, nicht zuletzt die westlichen systeme, befinden sich in einem sich beschleunigenden prozeß der implosion. (...) mensch und natur in ihrer weiterexistenz *bedrohende apokalypse* namens warengesellschaft (...) hauptaufgabe des jahres 1992 (...) war nicht, (...) zu *entlarven* (...) hauptaufgabe (...) wäre es gewesen, (...) handlungs- und *bewegungsspielräume innerhalb der gesellschaft* auszubauen (...) auflösung der altbestimmungen revolutionärer politik." (91)

Wo so Demagogie betrieben wird - Ihr erinnert Ihr Euch noch, was ich oben über die Verlotterung der Theorie in der SPD geschrieben habe? -, ist klar, daß über die "*analytische Seziermethode*" der "Fundamentalisten", die "linksradikale Politik fast zum Synonym für Politikunfähigkeit" machte (Antje Vollmer), hergezogen werden, (92) daß "organisches", "ganzheitliches" Denken her muß. Daß "man (...) sich (...) im sinn von traditioneller *analyse*" - so Helmut Pohl - "nichts überlegen" kann. Das Zurückzuweisende findet Helmut Pohl "überhaupt schon bei dem blick: in dem der reale politische bereich nach kriterien der (...) wissenschaft in tortenstücke *zerlegt* wird und dann der bestimmt wird, von dem aus sich veränderungen für oder zu allen erreichen lassen." (93)

... und Handeln statt Entlarven?

Um aus dieser "zerlegenden" "Politikunfähigkeit" "gestalterische" Regierungsfähigkeit zu machen, spielte im GRÜNEN-Anpassungsprozeß ein Terminus eine Rolle -, den ich weiter oben schon aus Euren Debatten zitiert habe - der des "Entlarvens": Es müsse endlich eingesehen werden, daß es nicht ausreichte, immer nur zu *entlarven*, (94) statt dessen komme es darauf an, die eigenen Inhalte praktisch - und das heißt in der Regierung - umzusetzen. (95) Statt der Gewöhnung "allein an das *Skandalisieren bestimmter Themen*" komme es darauf an, Mehrheiten zu schaffen, "die *denken, handeln* und sich zu Wort melden" (Antje Vollmer u.a.) (96) bzw. darauf, daß "jetzt die Leute zusammenkommen, die (...) *handeln*, die von einander wirklich was *wissen* wollen und neue *gedanken* zulassen", statt "scheidendiskussionen um revolutionär/reformistisch" zu führen (RAF). (97)

"Bei soviel Mißständen", schreibt nicht Gregor, sondern Antje Vollmer, "täte ein bißchen Aufstand schon gut (...)" Aber: "Das Warten auf den großen genialen Wurf, auf einen neuen Marx sozusagen, wird vergebens sein." (98) D.h. Antje Vollmer zielt, in Vorwegnahme der Sprache von Gregor und im Anschluß an den schon von mir kritisierten Bernstein, "nicht auf die Aufhebung des Lohnsystems, sondern auf das Mehr oder Weniger der Ausbeutung, mit einem Worte, auf die Beseitigung der kapitalistischen Auswüchse" - bzw. "Mißstände" - "und nicht des Kapitalismus selbst." (99)

Dafür kann dann in der Tat - mit Antje Vollmer - "jede Form des Heroismus" vermieden sowie gefordert werden, den Kampf "um das Überleben der Menschheit nicht mit dem Leben von Menschen" zu bezahlen (100) und auch von der RAF - wenn auch mit einer Legislaturperiode Verspätung - die Einstellung ihrer "gezielt tödliche(n) Aktionen (...) gegen Spitzen aus Staat und Wirtschaft" erklärt werden. (101) Der Politikstil des Entlarvens sei solange "leidlich praktikabel, wie es darum geht, große neue Themen ins Zentrum der Öffentlichkeit zu treiben. Heute aber käme es auf Differenzierungen an, die nicht weniger überlebenswichtig sind, aber politisch viel schwieriger zu denken *und zu handhaben* sind. *Rechthaberische* (...) *Politik* ist damit obsolet." (102)

Und wie wird bei Euch argumentiert: "heute ist es ein gesellschaftlich anerkannter Zustand, daß wir in einer Welt voller Probleme" - bzw. "Mißstände" - "leben, die auch als tägliche Katastrophe in den Medien ihren Widerhall finden, nachdem sie lange von Feministinnen, Linken, christlichen (sic!) und anderen Initiativen *thematisiert* wurden und werden." In dieser Situation habe "die Linke (...) die *entlarvung* der gesellschaftlichen Verhältnisse als politisches Mittel verloren." (103) Deshalb sei eigentlich schon während des Hungerstreiks 1989 ein Stadium erreicht gewesen, "in dem wir uns *konkret* überlegen mußten, wie wir unsere *vorstellungen* durchsetzen - die *periode des plakativen nein* und gegen was *überholt*." (104) Es ging um "mehr (...) *als bloßes beharren auf der richtigen position*." (105) Merkt Ihr die Demagogie? So wie v. Vollmer meinen FreundInnen und mir unterstellt hat, wir würden uns der Tagespolitik enthalten, wird auch bei Euch den KritikerInnen der neuen Politik unterstellt, daß sie "bloß (...) auf der richtigen position" beharrten, aber keine Politik machten.

Versöhnung statt Feindschaft

Und da es "kein einheitliches Feindbild" (Autonomes 1.-Mai-Plenum) (106) bzw. "einfach kein eindeutiges linkes Feindbild" (Antje Vollmer) (107) mehr gibt++++ - die Zeit des "plakativen nein" ist halt vorbei -, ist klar, daß allein der schwülstig-banale Appell an "die Menschen" - an Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit bzw. "*Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und individuelle Freiheiten*" (Antje Vollmer bei Eröffnung ihrer "Dialog"-Kampagne) (108) - übrig bleibt: "eine Perspektive, die mit der Abschaffung bestehender Verhältnisse zu tun haben soll" (wie sollen auch nicht bestehende Verhältnisse abgeschafft werden?) "und Veränderungen *für freiheit, gerechtigkeit und völlige(?) gleichberechtigung* wünscht (sic!) - so eine Perspektive lernt wieder, solche Fragen zusammen zu besprechen (sic!) und zu beantworten" (wie kann denn eine Perspektive wünschen, lernen, sprechen und antworten?! "*und das*" (was?) "*werden menschen sein oder es wird niemand sein*", (109) heißt es in Eurer Diskussion. Wer sollte es auch sonst sein? Schlägt jemand anderes vor?! Und Antje Vollmer schrieb: "Wir müssen uns in einer Zeit schon praktizierter Menschenvernichtung *vor zynischer Menschenverachtung hüten*. Die Widersprüche im Volk sind unsere eigenen, (...) die Leute sind (...) verschieden, (...) wir müssen (...) ehrlich sein (...) und dürfen die unterschiedlichen Herkunftsorte und Traditionen nicht leugnen und nicht schleifen wollen. Die Linke (...) muß sich der Mühe unterziehen, den *Menschen* nahezu legen, daß *ohne ihre massenhafte Beteiligung an der Lösung der Menschheitsprobleme nichts geht*." (110)

Und Joschka Fischer u.a. meinten, die GRÜNEN müßten ihr "*krudes Freund-Feind-Verhältnis*" überwinden: "Wer nicht für uns ist, ist gegen uns. Die (fast revolutionäre) Ungeduld widerspricht im Grunde grünem Selbstverständnis, das auf die Auseinandersetzung mit anderen Personen, auf Bewußtseinsarbeit setzt. Bewußtsein ändert sich nicht schlagartig, sondern langsam, (...) Ein realisiertes grünes Projekt taugt mehr als 1000 grüne Programme, (...) DIE GRÜNEN sind kein ,ideologisch reines Projekt'. " (111) Fällt Euch etwas auf? Gegen die "ideologischen Schlagabtausche" (Gisel Dutzi), für "praktische Projekte", gegen ein "*armseliges Verhältnis ,wir - sie`*" (Lutz Tauber) (112) und - mit dem sozialdemokratischen Philosophen Jürgen Habermas - für die "neue Unübersichtlichkeit" (113), für "*Bewußtseinsarbeit*" und "neue Werte" (114) - kennt Ihr das nicht aus Euren Diskussionen?

Rosinante und die große Weltreform

Ich kenne dies jedenfalls schon - um darauf noch einmal zurückzukommen - aus meinen Diskussionen mit Bernstein. Meinem Beharren auf den "materiellen Voraussetzungen des Kampfes" (115) für den Sozialismus hielt er die Frage entgegen: "Wozu die Degradierung der Einsicht, des *Rechtsbewußtseins*, des Willens der Menschen?" (116) Ich antwortete ihm, der Sozialismus "soll also kraft des souveränen, nicht im Dienst der wirtschaftlichen Notwendigkeit wirkenden Willens der Menschen oder genauer, da der Wille" - für Bernstein - "selbst bloß ein Instrument ist, kraft der Einsicht in die Gerechtigkeit, kurz kraft der *Gerechtigkeitsidee* verwirklicht werden. Da sind wir glücklich bei dem Prinzip der Gerechtigkeit angelangt, bei diesem alten, seit Jahrtausenden von allen Weltverbessern in Ermangelung sicherer geschichtlicher Lokomotionsmittel gerittenen Renner, bei der klapprigen Rosinante, auf der alle Don Quichottes der Geschichte zur großen Weltreform hinausritten, um schließlich nichts anderes heimzubringen als ein blaues Auge." (117)

Alltag und Utopie

Aber natürlich soll es - dem *Anspruch*

jeder "Realpolitik" nach - nicht nur bei einer visionären "Gerechtigkeitsidee" bleiben, sondern es sollen schon *"konkrete Veränderungen"* sein; die Vision, die Utopie soll - wer seinen Ernst Bloch gelesen hat, wird es wissen - eine "konkrete" sein: "Die Arbeit an dieser *,Konkreten Utopie* für einen besseren *Alltag* haben wir" - die GRÜNEN! - "bisher *vernachlässigt*. Nur wenn es uns gelingt, die Verbindung von grüner Politik und einer anderen Lebenspraxis **HIER UND JETZT** herzustellen, werden wir *in gesellschaftlichen Diskussionen Gehör finden*", meinten Joschka Fischer u.a. 1988. (118) Joschka Fischer knüpfte damit an Formulierungen an, mit denen er in der zweiten Hälfte der 70er Jahre seinen Abschied von den Spontis **begann einzuleiten**, nachdem (nach einer militanten Demo in Frankfurt nach dem Tod von Ulrike Meinhof) nach ihm öffentlich von der Polizei gefahndet worden war. Er schrieb damals, u.a. unter der Überschrift "Uns treibt der Hunger nach Liebe, Zärtlichkeit und Freiheit": "Wir wollen nicht eines fernen Tages den Sozialismus aufbauen, sondern für uns vollzieht sich Befreiung im *alltäglichen Widerstand* (...) Gerade weil unsere Solidarität den Genossen im Untergrund gehört (!), weil wir uns mit ihnen so eng verbunden fühlen (!), fordern wir sie *von hier* aus auf, Schluß zu machen mit diesem Todestrip, runter zu kommen von ihrer ‚bewaffneten Selbstisolation‘, die Bomben wegzulegen und die Steine, und einen Widerstand, der ein anderes *Leben* meint, wieder aufzunehmen." "Unser Leben darf nie mehr Anhängsel irgendeiner Form von Politik werden, sondern muß im Mittelpunkt unserer Befreiung stehen." Der Weg zu den GRÜNEN als Alternative zur "Flucht in den Untergrund, Flucht ins ferne Land, Flucht in die *Drogen*, Flucht in den *Selbstmord*." (119)

Nicht weniger sektiererisch als die Politik der Spontis in den 70er Jahren sowie der GRÜNEN in den 80er Jahren scheint auch die RAF-Politik jener Jahre gewesen zu sein, wenn die RAF 1992 schreibt: "Wir hatten unsere Politik ganz stark auf Angriffe gegen die Strategien der Imperialisten *reduziert*, und gefehlt hat die Suche nach unmittelbar positiven Zielen und danach wie eine gesellschaftliche Alternative *hier und heute* schon anfangen kann zu existieren. Daß das hier möglich ist, daß es geht, so etwas anzufangen, haben die Erfahrungen, die andere erkämpft haben, gezeigt." Auch die RAF stellt diese Politik einem *Verrecken "an der Nadel"* und dem *"Selbstmord"* gegenüber. (120) Karl-Heinz Dellwo schließlich meint: "Hier müssen wir im Konkreten was Neues finden, und das *Konkrete* ist identisch mit dem *Alltäglichen* in der *Gesellschaft*. In dieses Alltägliche müssen wir das *Moment der Transformation bringen*." (121)

Wie die neue Politik alte Fragen beiseite schiebt

Und selbstverständlich ist gerade diese "konkrete" Politik "im Alltag" die eigentlich radikale Politik, die "praktisch" etwas ändert: "Inhaltlich bedarf eine solche ökologische Reformpolitik einer *größeren Radikalität* und mehr utopischer Phantasie als die radikale Linke der Vergangenheit. In der Form der Politik aber ist die *alte Frage von Reform und Revolution* entschieden: Die Überlebensfragen der Gattung sind *nur gewaltfrei* und in Übereinstimmung zu lösen, jenseits der nationalen und Klassenideologien, jenseits der von Menschen geschaffenen Grenzen der Staaten, Systeme und Religionen", schreiben Fischer und Co. (122)

Und auch in Euren Diskussionen habe ich jetzt - von einem ehemaligen Gefangenen! - die These gehört, daß eine Kritik der Haftbedingungen unter dem Gesichtspunkt der Menschenrechte *"viel radikaler"* sei als die These von Andreas Baader, daß Folter kein revolutionärer Kampfbegriff sei. # Und die RAF hat ja schon im vergangenen Sommer "gewußt" (auch wenn sie diese "Erkenntnis" jetzt auch zunächst zurückgestellt hat), "daß wir diesen (von der RAF gewünschten Neubestimmungs-, R.L.) prozeß heute mit bewaffneten aktionen## *nicht voranbringen*". (123) Und in ihrer Erklärung zu Weiterstadt bekräftigt die RAF jetzt: "solche *scheindiskussionen um revolutionär/reformistisch* sind ohne jeden gebrauchswert für die Neubestimmung revolutionärer politik; und auch im festhalten und beharren auf zeitlos *alten klarheiten*" - bzw. dem "alten Katechismus" (v. Vollmar) - "wird niemand antworten auf die sich heute stellenden fragen finden." (124)

Und, so wie Fischer & Co. die Kritik an ihrer Positionen mit dem "Argument" weggewischt haben, diese Kritik trage "den Bruch in die eigene Partei", (125) sei "Lager-" statt "Parteiloyalität", (126) "Konfrontation" statt "Integration", und Antje Vollmer u.a. vorgaben, der "Polarisierung ideologisch nicht (zu) folgen", (127) kritisiert auch die RAF die "alte rangehensweise der deutschen linken", die sich angeblich "auf das bemühen anderer" bloß "draufstützt", "um zu sehen, wie man es zerreißen kann" (128) und wendet sich Gisel Dutzi - wie schon zitiert - gegen "ideologische Schlagabtausche", und wirft Gregor den Gießnerinnen vor, eine "Spaltung" der Gefangenen zu betreiben. (129)

Gregor hat seine Lektion in Sachen Demagogie von den grünen "RealpolitikerInnen" auch gelernt, wenn er einerseits erkennt, daß die RAF ihr Verhältnis zum Staat auf eine Ebene außerhalb des Krieges stellen will (130) und gleichzeitig *bestreitet*, daß das auf eine *Aufgabe* des revolutionären Kampfes hinausläuft. (131) Kaum besser kann es Antje Vollmer: "Gewaltfreiheit ist (...) *nicht zu verwechseln mit Staatshörigkeit* und Konfliktscheu. Streiks, Blockaden, Besetzungen (wir erinnern nur an Rheinhausen) sind legitime Mittel aus der Tradition des gewaltfreien Widerstands (...) Nicht distanzieren - und nicht wegducken; offensive Auseinandersetzung über die politische Strategie und die Zumutung unserer Position der Gewaltfreiheit, wo immer möglich (...)" (132)

Haltet Ihr alle diese Parallelen wirklich immer noch für Zufall? Ich will Euch zum Schluß zeigen, daß die Parallelen nicht nur im Bereich von vielleicht notwendigerweise allgemeinen Grundsatzformulierungen bestehen, sondern bis hinunter zur programmatischen Konkretisierung und der Bewertung einzelner historischer Ereignisse reichen.

Tempo 30: Umbau statt Umwälzung

Joschka Fischer u.a. schrieben 1988: "Nicht ohne Grund sind DIE GRÜNEN als kommunalpolitische Kraft so erfolgreich. Ob *Tempo 30*, verbesserter Nahverkehr oder neue Müllkonzepte, hier spüren die Menschen, daß es den GRÜNEN vor Ort *nicht um Verhinderung*, sondern um die Chance für ein besseres Leben geht. *Hier* sind sie bereit, in ihrem Alltag etwas beizutragen." (133)

Und in Eurer Diskussion heißt es in dem Text, in dem schon behauptet wurde, daß "die periode des plakativen (...) *gegen überholt*" sei:

"der abschätzige blick auf verkehrsblokkaden und *tempo-30*-forderungen ist nicht unserer, er zeigt nur die entfremdung vieler linker von ihren zielen (...) es geht hier auch um ideen und wünsche, mit denen jede und jeder *hier* angefangen hat (...)" (134)

Schon lange vor der Ratifizierung des Sieges der "RealpolitikerInnen" bei den GRÜNEN (durch den Sturz des radikalökologisch/ökosozialistischen Bundesvorstandes Ende 1988, die SPD/AL-Koalition in Berlin Anfang 1989 und die Pro-"Wiedervereinigungs"-Beschlüsse der GRÜNEN nach der Wende in der DDR) war in der grünen Wirtschaftspolitik weitgehend - und d.h. auch bei vielen sogenannten Linken - Konsens, daß es um *schrittweisen Umbau und nicht eine revolutionäre Umwälzung* zu gehen hat. Schon das erste - noch relativ "linke" - grüne Wirtschaftsprogramm stand unter der (klassen- etc.)interessen-indifferenten Überschrift "*Sinnvoll arbeiten, solidarisch leben*". (135) Andere - sogenannte "ökolibertäre" - Kräfte um Thomas Schmid u.a. hielten schon damals eine Orientierung an Auseinandersetzungen im Erwerbsarbeitsbereich und eine *von links* kritische Unterstützung von gewerkschaftlichen Forderungen für verfehlt und propagierten statt dessen eine "*Tätigkeitsgesellschaft*", die den sogenannten Industrialismus ohne direkten Angriff auf den Kapitalismus überwinden sollte.

Auch diese Debatte ist inzwischen in Eurer Diskussion angekommen. So schreibt Karl-Heinz Dellwo: "(...) das geschwafel von ‚arbeitsplätze schaffen‘ (...), obwohl jeder (...) weiß, daß die entwicklung in zukunft unaufhaltsam (sic!) in eine andere richtung läuft." Deshalb komme es darauf an, diese entwicklung zu antizipieren und "etwas völlig neues zu probieren. *umbau* der gesellschaftlichen lebensprinzipien der menschen. es ist das alte so zu organisieren, daß alle darin *sinnvoll leben* können und es gleichzeitig zu reduzieren, so daß ‚platz‘, *raum* und *zeit* für neue gesellschaftsversuche *entstehen* kann. die abschaffung der arbeit (und ‚arbeit‘ ist eindeutig ... zu unterscheiden von ‚*tätigkeit*‘ (...)) seit 20 jahren reduziert sich in allen industriestaaten der produktive sektor (...)" (136) In dieser Perspektive kann er sich mit Joschka Fischer und anderen einig wissen, die schon 1988 schrieben: "Mit der hier beschriebenen Entindustrialisierung hat sich aber ein gesellschaftlich-politischer Wandel vollzogen. Die formelle Arbeit steht immer weniger im Zentrum des gesellschaftlichen und individuellen Bewußtseins. Freizeit und Eigenarbeit" - bzw. Tätigkeit - "haben so viel Gewicht bekommen, daß Fabrik und Beruf nicht mehr völlig im Zentrum der normalen Lebens- und Arbeitsplanung stehen. Dadurch sind für jeden einzelnen Menschen größere individuelle Gestaltungschancen eröffnet worden. (...) Oder eine Arbeitszeitpolitik, bei der wir bereits heute Freiheitsspielräume, vielfältige Arbeitszeitmodelle mit möglichst individuellem Zuschnitt fordern (...); Zielrichtung: Arbeiten, um zu leben - nicht umgekehrt! Grüne Politik *eröffnet Spielräume*. Sie setzt freilich Menschen voraus, die diese Spielräume zu nutzen verstehen. Deshalb ist das grüne Projekt immer eines, das (...) *von unten* getragen werden muß" - Gegenmacht von unten! - "und nicht, wie die kurzatmige Reformpolitik der 60er Jahre, von oben verordnet werden kann. Deshalb ist es auch eines, das *Zeit* braucht." (137)

Die "fehlende Freude am Kind"

Andere wichtige Auseinandersetzungen, die den Sieg der "RealpolitikerInnen" vorbereiteten, waren die Diskussionen über die grüne Frauenpolitik - dies aus einem doppelten Grund: Zum einen, weil die Stärke des linken Flügels in den GRÜNEN auf einem Bündnis zwischen Feministinnen und traditionellen Linken beruhte; zum anderen deshalb, weil eben dieses Bündnis nur taktisch motiviert war und ihm keine gemeinsame Analyse und Strategie zugrundelag, so daß kaum eine Feministin aus den GRÜNEN ausgetreten wäre, wenn die "RealpolitikerInnen" den Verzicht auf vollen Lohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzungen durchgesetzt hätten, und erst recht kaum ein "linker" Mann die Partei verlassen hätte, wenn die Forderungen nach der ersatzlosen Streichung des § 218 aus dem Programm gestrichen worden wäre. Die tatsächlichen Durchbrüche der "RealpolitikerInnen" erfolgten dann später nicht an diesen beiden Fragen. Aber trotzdem zeigt die Situation, daß die "RealpolitikerInnen" die richtigen Angriffspunkte wählten, als sie u.a. mit einem "Müttermanifest" erfolgreich versuchten, feministische Positionen in der Partei zurückzudrängen: "Mütter" sollten sich nicht länger an den Positionen der Frauenbewegung orientieren, da diese von den Vorstellungen "kinderloser" "Karrierefrauen" dominiert seien; es gelte das "*Ghetto* der Nichtmütter" zu verlassen, statt dessen "eine *Rückkehr* von Müttern und Kindern in die *Gesellschaft* zu schaffen". (138) Außerdem weigerte sich die Bundestagsfraktion, einen Gesetzentwurf in den Bundestag einzubringen, nach dem auch eheliche Vergewaltigungen vom §177 Strafgesetzbuch erfaßt und dort die Regelung über sog. minderschwere Fälle gestrichen werden sollte, ohne daß gleichzeitig das Mindeststrafmaß - wie dies die "RealpolitikerInnen" wollten - von zwei auf ein Jahr verringert wird. In Anbetracht dessen sollten in Eurer Diskussion die Angriffe auf die Feministinnen aus Gießen, die in der Interim 229 eine Kritik an der neuen RAF-Politik veröffentlicht haben, und daß es Lutz Tafer für eine "tatsache" hält, "daß die warengesellschaft in ihrer heutigen fundamentalistischen ausprägung (...) zu einer unaufhaltsamen *verwahrlosung* der gesellschaft, ihrer *sozialen bindekräfte* und so ihrer reproduktion überhaupt führt (fehlende freude am kind), akut bedrohlich vor allem (...) bei tausenden kindern und jugendlichen sichtbar", (139) Aufmerksamkeit erhalten.

Ganz ähnlich sorgten sich nämlich schon 1988 die grünen "Realpolitikerinnen" Waltraud Schoppe und Gisela Wülfing um die Gebärfreude der Frauen und forderten: "Im Kinderwunsch können (sic!) Frauen nicht mehr nur Entfremdung sehen (...) Die Existenz von Müttern mit ihren Kindern ist in unserer Gesellschaft randständig. Die Isolation können und wollen Frauen mit Erwerbstätigkeit durchbrechen. Und was können die Kinder? Sie können sich unseren kinderfeindlichen Städten (...) kaum (...) entziehen. Erfahrungen und Untersuchungen zeigen immer, daß Gewalt in der Familie verstärkt in den Familien auftritt, die stärker isoliert sind als andere (...) die Schaffung von Mütterzentren (...) kann diese *Isolation* durchbrechen" (140) und der "freude am kind" aufhelfen. Derartige "Mütterzentren", in den Frauen un- oder niedrigbezahlte Arbeit leisten sollten, stellten auch die Verbindung zu dem zuvor besprochenen Punkt der sogenannten "Eigenarbeit" her - es handelte sich um nicht anderes als eine alternative Version von "Frauen heim" bzw. im "Mütterzentrum" "an den Herd" - die antiimperialistische Version zu diesem Konzept steuert jetzt *faktisch* Karl-Heinz Dellwo bei, wenn er, ohne auch nur einen Gedanken an die "in dieser Gesellschaft" patriarchal strukturierte Arbeitsteilung zu verwenden, über eine "tätigkeit, die nicht mehr kapitalisiert" - d.h. unbezahlt - ist und "einfach aus menschlicher solidarität" und "sozialer verantwortung" gemacht wird, schwadroniert. (141)

Das Sektendickicht der 70er Jahre

Gemeinsam ist Euren und den grünen "RealpolitikerInnen" schließlich ein politischer Horizont der über die Zeit der eigenen Politisierung, die StudentInnenrevolte von 68 und das Begrüßen von deren demokratischer Integration sowie der Verdammung des "autoritären

Sektenwesens des Linksradikalismus der siebziger Jahre" (Fischer u.a.) (142) bzw. der "kinderkrankheiten der linken" (Knut Folkerts) (143), des "dickicht(s) der 70er Jahre" (Lutz Taufer) (144) kaum hinausreicht - sowohl bei Joschka Fischer u.a. als auch bei Euren neuen PolitikerInnen. Erstere schrieben 1988: "Seit 1968 wurde diese Möglichkeit (ein neues Kapitel ‚deutscher demokratischer Kultur‘, R.L.) im Kampf der *Demokratie von unten* zu einer angeeigneten Wirklichkeit." (145) Und Lutz Taufer meint: "wenn es nach dem zweiten Weltkrieg *eigenständige demokratisierung* gegeben hat, so (...) war (es) die 68er-bewegung, die (...) die linke, ihre werte, *kultur* und kontinuierlich wieder lebendig und berechtigt hat werden lassen in deutschland west." (146)

Zivilgesellschaft in der Hafensstraße: Zuspitzung der Widersprüche oder Deeskalation?

Diese "demokratische Kultur" schließlich ist es, die heute auch eine "politische Lösung" für die Gefangenen möglich machen soll. Dafür, daß eine solche "politische Lösung" keine Versöhnung mit dem Staat sei, werden in Euren Diskussionen häufig die Verträge der Hafensstraße angeführt. *Genau in dieser Weise* wurden die Verträge schon damals von grünen "RealpolitikerInnen" interpretiert: die Hafensstraße "als jüngstes Beispiel" dafür, daß es in der BRD eine "einmalige Öffnung gesellschaftlicher Institutionen für zivile und gewaltfreie Lösungsstrategien" gebe. (147) Tatsächlich führte nur die "Gewalt und die Gewaltbereitschaft (nicht nur) der Bewohner der besetzten Häuser" auf der einen Seite### und die "Anwesenheit von 6.000 einsatzbereiten Polizisten" auf der anderen Seite zu *diesem* - kompromißhaften - Ergebnis. (148) Und dies ist genau der wesentliche Unterschied: Während die Hafensstraße gerade in einer militärisch massiv zugespitzten Situation eine sogenannte "politische Lösung" durchsetzen konnte (die deshalb eigentlich eine politisch-militärische "Lösung" war), meint die RAF heute eine "politisch Lösung" durchsetzen zu können, indem sie von sich aus "die Eskalation zurück(nimmt)". (149) Womit wir wieder beim Ausgangspunkt angekommen sind: Die RAF stützt ihre Theorie von der Aufhebung der Widersprüche genauso wenig wie Bernstein - und im Gegensatz zur marxistischen Theorie, die meine GenossInnen und ich verteidigt haben - "auf (...) ihre eigene konsequente Entwicklung". Die Theorie von RAF und Bernstein steht "zwischen den beiden Extremen", sie wollen "nicht die Widersprüche zur vollen Reife gelangen lassen", um dann den revolutionären Umsturz zu bewirken, sondern sie wollen "ihnen die Spitze abbrechen, sie *abstumpfen*" (150) - Deeskalation, wie das zu Zeiten des SPD/AL-Senates in Westberlin hieß.

Allerdings - und dies will ich auch zum Abschluß noch einmal betonen - besteht die marxistische Taktik auch "nicht darin, daß man die Entwicklung der kapitalistischen Widersprüche bis zur äußersten Spitze und dann erst ihren Umschlag *abwartet*. Umgekehrt, wir stützen uns auf die einmal erkannte Richtung der Entwicklung" und "treiben (...) dann im politischen Kampf ihre Konsequenzen auf die Spitze." (151) Dies allerdings nicht in dem Sinne, "eine historische revolutionäre Strategie auf die Radikalisierung der Polizeikräfte zu begründen", sondern im Wissen, "daß die Entwicklung des Klassenkampfes unerbittlich die polizeiliche und militärische Repression nach sich zieht, und daß die Frage also nicht ist, die Ausübung der Repression zu ‚wollen‘ oder nicht, sondern sich auf sie vorzubereiten, denn sie wird im Verlauf des revolutionären Prozesses immer mehr anwesend sein. Die Frage kann sich nur so stellen: (...) *den Kräften des Feindes (...) überlegene Kräfte entgegensetzen, um zu siegen (...)*" (152)

Kämpfen müßt Ihr selbst!

Liebe Freundinnen und Freunde, ich weiß, daß ich bei vielen von Euch sehr angesehen bin, und daß beispielsweise die Vertreterinnen des von vielen von Euch übernommenen Bielefelder Subsistenzansatzes (Maria Mies u.a.) meinen, sich auf meine Theorie über Kapitalakkumulation stützen zu können. "Gründe" habt Ihr dafür viele: Erstens bin ich eine Frau, zweitens schon lange tot, drittens als Kämpferin für eine bessere Welt von der Reaktion ermordet worden, viertens keine Leninistin - oder wird mich die "Interim" jetzt dazu machen? -, fünftens beziehen sich selbst Reaktionäre häufig positiv auf meine Aussage, daß die Freiheit immer die Freiheit des Andersdenkenden bedeute - zu welchem Zweck übrigens? -, sechstens, siebentens usw. Vergeßt das lieber mal für einen Augenblick. Macht mich nicht zu einer Kult- oder Identifikationsfigur. Das kann nämlich durchaus mit anpaßlerischer Praxis einhergehen. Haltet Euch lieber an meine Einsicht, für die ich auch jetzt noch mit aller Leidenschaft eintrete, daß der Kapitalismus weg muß, wenn eine bessere Welt geschaffen werden soll. Dies gegen Eure neuen PolitikerInnen und all diejenigen, die das Scheitern des "realen Sozialismus" zum Anlaß oder Vorwand genommen haben, sich innerhalb der bestehenden Verhältnisse einzurichten - kritisch-grüblerisch selbstverständlich.

Und bedenkt eines: Die Kapitulation einer Partei oder Bewegung, die grundsätzliche Veränderungen auf ihre Fahnen geschrieben hat, beginnt lange vor dem großen Kladderadatsch. Bei Euch wird bereits heftig - natürlich mit den besten Absichten - an ihm gearbeitet!

Ich kann Euch nur auf die Parallelen hinweisen; bekämpfen müßt Ihr sie selber, wenn Ihr nicht so enden wollt wie die SPD und die GRÜNEN.

Rosa Luxemburg

PS: Einen besonderen Dank an die GenossInnen, die mich über Eure Diskussionen auf dem Laufenden gehalten haben.

Anmerkungen:

+++ Zu diesem Weg s.: Wolfgang Kraushaar, *Realpolitik als Ideologie*. Von Ludwig August von Rochau zu Joschka Fischer, in: 1999, Heft 3/1988, 79-137 (85-96, 115-137); vgl. die Zusammenfassung in: Konkret 8/1988, 15-17 (15, 17). In diesem sehr interessanten Text wird außerdem gezeigt, daß das Pathos "Alles darf geschehen, nur eines nicht: Noch länger zu warten. Es muß gehandelt werden, komme was wolle" sowohl der "realpolitischen" als auch der aktionistischen, vor-"realpolitischen" Phase von Rochau und Fischer eigen ist. Die damit angedeutete Trennung von sog. Theorie und sog. Praxis ist es, die *beide* Phasen der Genannten von revolutionärer Politik trennt (vgl. **** sowie Luxemburg, a.a.O. wie bei Anm. 60 im Haupttext zitiert).

++++ An dieser Stelle muß ich zugeben, daß ich mich geirrt habe, als ich mich von den ersten radikalen Feministinnen meiner Zeit so heftig abgegrenzt habe. Und vielleicht war es auch etwas Opportunismus, daß ich an dieser Frage nicht rühren wollte - weil ich eh schon als "hysterische Materialistin" verschrien war (s. dazu: Ingrid Strobl, *Die rote Rosa*, in: Broschürengruppe für Ulla und Ingrid (Hg.), Anschlag auf die Schere am Gen und die Schere im Kopf, Hamburg, 1988, 70-73 (73)). Wenn ich heute die Reaktion von Gregor (Interim 232) auf die Kritik der Frauen/Lesben-Gruppe aus Gießen (Interim 229) an der neuen Politik der RAF lese, dann scheint es wieder einmal so, als ob sich die Geschichte wiederholt. Deshalb denke ich inzwischen, daß sich revolutionäre Politik nur im gleichzeitigen Angriff auf Kapital und Patriarchat durchsetzen läßt. Und deshalb haben natürlich Antje Vollmer und das Autonome 1.-Mai-Plenum Recht, wenn sie fragen, ob es "linke Sexisten" gibt, und darauf hinweisen, daß der "Widerspruch zwischen Frauen und Männern (...) auch am 1. Mai nicht aufgehoben" ist. Daraus folgt aber *kein* "Ende des Feindbildes" - für uns Frauen eh nicht und auch nicht für tatsächlich revolutionäre Männer: "Frauen, die die herrschenden Verhältnisse, die Herrschaft im wahren Sinne des Wortes radikal aufheben wollen, bedürfen nicht so sehr der männlichen Genossen, die sich für ihre Freunde halten, als der männlichen Genossen, die bereit sind, zum Feind des Mannes zu werden." (Ingrid Strobl, *Die Angst vor den Frösten der Freiheit*, in: Projektgruppe Metropolen(Gedanken) und Revolution? (Hg.), Texte zu Patriarchat, Rassismus & Internationalismus, Berlin, 1991, 13-25 (25)).

(...) staatliche Counterbewegung (...), die foltern muß (...) Folter ist kein revolutionärer Kampfbegriff. Aufklärung darüber (über die Haftbedingungen, R.L.) hat vielleicht eine Schutzfunktion - aber die Mobilisierung, die sie braucht, muß sich gegen die Politik wenden, auf die der Staat mit Folter reagiert (und damit zuletzt gegen die Gefangenen selbst), solange das Vehikel ihrer Politik der moralische Reflex

derer ist, die in diesem Staat noch zu Hause sind (...) das heißt, die Mobilisierung muß gegen uns laufen, wenn sie nicht mit der Propaganda bewaffneter Politik vermittelt ist (...)“ (Erklärung von Andreas Baader, in: Redaktion (Hg.), Bundesrepublik Deutschland (BRD) - Rote Armee Fraktion (RAF), Köln, 1988, 57 - 59 (58, 59)).

Dabei übersehe ich nicht, daß es zwischen bewaffneten Aktionen und grüner Gewaltfreiheit noch eine Menge Aktionsformen (Mollis, Steine etc.) gibt, die die RAF (bisher) zumindest nicht ausdrücklich verworfen hat. Da die RAF aber die Aussetzung ihrer Angriffe auf die "Spitzen aus Staat und Wirtschaft" in den Kontext dessen stellt, was die Feministinnen aus Gießen als These von der "allgemeine(n) ver-gewalt-ung aller Lebensbereiche" bezeichnen und kritisieren (Interim, Nr. 229, 24, 27), ("Zerstörung und Verzweiflung", "ausgegrenzt und ohne Perspektive", "an der Nadel verrecken oder in den Selbstmord getrieben": RAF, a.a.O. (Anm. ++ 5), ist nur konsequent, wie Hanna Krabbe jede militante Aktion zu verwerfen: "Hier in der Gesellschaft, was wir jetzt sehen, ist eine unheimliche Brutalisierung (...) Die Gewalt, die in den Sechzigern und Siebzigern was Besonderes war und die auch die besondere Funktion hatte - von unserer Seite - gesellschaftliche Widersprüche aufzubrechen, sichtbar zu machen und zuzuspitzen, daß die heute gar nicht mehr die Funktion haben kann. Das haben wir auch an den letzten Aktionen der RAF gesehen, *oder auch von anderen militanten Aktionen*: die passieren, aber es entwickelt sich politisch nichts mehr dran." (AK 343, 3.6.1992, 14 f. (14)).

Zu bedenken ist dabei schließlich, daß sich *nach* dem Wegfall der gewaltsamen Eskalation das "realpolitische" Befriedungskalkül weitgehend realisiert zu haben scheint, und deshalb die Hafestraße heute nicht mehr die Ausstrahlung als antagonistische Kraft hat, die sie noch vor einigen Jahren hatte.

Adelheid Biesecker, *Nicht-kapitalistisches Milieu und Hausarbeit - Mit welcher Berechtigung und welchem Erfolg stützt sich die feministische Theorie auf Rosa Luxemburg*, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Nr. 15, 1985, 165-179.

Quellen:

79) S. dazu meinen *Brief an die "Grünen"*, in: MOZ. Moderne Zeiten, Jan./Feb. 1984, 46-48.

80) Gruppe "Freiheit für die politischen Gefangenen", Aber in den 80ern lief es ganz anders ... und was Jetzt? Diskussion über die RAF-Erklärung vom August 1992, Berlin, 1992, 36.

81) Antje Vollmer/Bernd Ullrich, *Kein Lager darauf zu schwören*. Einige Hieb- und Stichworte zur grün-alternativen Perspektive, in: DIE GRÜNEN, Bundesgeschäftsstelle (Hg.), *von der Mühsal der Ebenen und der Lust der Höhen ...? Grüne Perspektiven*. Kongreß vom 16.-19. Juni 1988 in und um Haus Wittgenstein/Bornheim-Roisdorf, Bonn, 1988, 65-71 (66).

82) Vollmer/Ullrich, a.a.O. (s. 81), 65.

83) Karl-Heinz Dellwo, *Keine Rückkehr zum bewaffneten Kampf*, in: taz, 07.11.1992, 11 (11).

84) Luxemburg, a.a.O. (s. 29), 465.

85) Vollmer/Ullrich, a.a.O. (s. 81), 70.

86) Joschka Fischer u.a., *Sein oder Nichtsein*, in: Sein oder nicht. Entwürfe für ein realpolitisches Manifest, Juni 1988, 3-12 (12) - Hervorhebungen von mir, R.L.

87) Fischer u.a., a.a.O. (s. 86).

88) Joschka Fischer u.a., *"Das Würgeisen der Spaltung um den Hals"*, in: Arbeiterkampf 295, 30.5.1988, 5 - Hervorhebung von mir, R.L.

89) Fischer u.a., a.a.O. (s. 86), 11 - Hervorhebung von mir, R.L.

90) Antje Vollmer u.a., *GRÜNER Aufbruch '88* (Auszug), in: Stachlige Argumente, Nr. 52, September 1988, 22 - 25 (23).

91) Brief von Lutz Tauber vom Januar 1993, S. 2, 4 - Hervorhebungen von mir, R.L.

92) Vollmer/Ullrich, a.a.O. (s. 81), 67 - Hervorhebung von mir, R.L.

93) Brief von Helmut Pohl vom Oktober 1991, in: AK Drinnen und Draußen, a.a.O. (s. 54), 15 f. - Hervorhebung von mir, R.L.

94) Vollmer/Ullrich, a.a.O. (s. 81), 68.

95) Vgl. Vollmer/Ullrich, a.a.O. (s. 81), 70: Die These zu vertreten, daß die NATO strukturell abrüstungsunfähig sei, bedeute nur so zu "tun", als ob mensch sich für Abrüstung einsetze" (sic!) Tatsächlich würde der Vertreter dieser These in erster Linie dafür kämpfen, seine "These zu beweisen. Anders ausgedrückt: Er beweist die Verelendung (mehr Aufrüstung, die sich dann um so besser entlarven läßt), oder er ist gleich für die Revolution (die dann stattfindet, wenn alles so richtig entlarvt ist)."

96) Vollmer u.a., a.a.O. (s. 90), 23 - Hervorhebungen von mir, R.L.

97) RAF, a.a.O. (s. 37), 13 - Hervorhebungen von mir, R.L.

98) Vollmer/Ullrich, a.a.O. (s. 81), 70.

99) Luxemburg, a.a.O. (s. 29), 429, vgl. 450.

100) Vollmer/Ullrich, a.a.O. (s. 81), 71.

101) RAF, a.a.O. (s. 34), 5.

102) Vollmer/Ullrich, a.a.O. (s. 81), 70 - Hervorhebung von mir, R.L.

103) Initiative zur Befreiung der politischen Gefangenen, a.a.O., (s. 8), 6.

104) Initiative zur Befreiung der politischen Gefangenen, a.a.O., (s. 8), 7 - Hervorhebungen von mir, R.L.

105) *Einleitungsbeitrag zur Diskussion*, in: Initiative zur Befreiung der politischen Gefangenen, a.a.O., (s. 8), 9 (9) - Hervorhebungen von mir, R.L.

106) Autonomes 1.-Mai Plenum, a.a.O. (s. 6).

107) Vollmer/Ullrich, a.a.O. (s. 81), 68, vgl. 65.

108) Ernst Käsemann/Antje Vollmer/Martin Walser, *Vorschlag zur Eröffnung eines gesellschaftlichen Dialoges - gerichtet an die RAF-Häftlinge, an Herrn Justizminister Engelhardt und an Herrn Generalbundesanwalt Rebmann*, in: Büro Antje Vollmer (Hg.), *Der Deutsche Herbst 1977*. Texte (II) zur Fraktionssitzung der GRÜNEN im Bundestag am 13. Oktober 1987, 2-5 (3).

109) Initiative ..., a.a.O. (s. 8), 6 - Hervorhebungen von mir, R.L.

110) Vollmer/Ullrich, a.a.O. (s. 81), 71 - Hervorhebungen von mir, R.L.

111) Fischer u.a., a.a.O. (s. 86), 11 - Hervorhebung von mir, R.L.

112) Brief von Lutz Tauber vom Januar 1993, S. 8 - Hervorhebung von mir, R.L.

113) "die andere option. sie ist erheblich unübersichtlicher als ‚wir-sie‘. sie ist in dem maß in den letzten jahren unübersichtlich geworden wie die gesellschaftliche und politische situation unübersichtlich geworden ist. die erfolgssaussichten sind, erstmal jedenfalls, nicht überwältigend. aber die suche außerhalb des ghettos ist die einzige, die einen sinn macht." (Brief von Lutz Tauber vom Januar 1993, S. 8).

114) S. dazu beispielsweise Brief von Karl-Heinz Dellwo vom 8.9.1992, S. 1-3 und Brief von Lutz Tauber vom Januar 1993, S. 1 f.

115) Rosa Luxemburg, *Kautskys Buch wider Bernstein*, in: dies., Werke 1/1, 537-554 (538).

116) Eduard Bernstein, in: Vorwärts, 26.3.1899 zitiert nach Luxemburg, a.a.O. (s. 29), 421 - Hervorhebung von mir, R.L.

117) Luxemburg, a.a.O. (s. 29), 421.

118) Fischer u.a., a.a.O. (s. 86), 11 - Großschreibung im Original; die anderen Hervorhebungen sind von mir, R.L.

119) Zitiert nach Wolfgang Kraushaar, *Realpolitik als Ideologie*. Von Ludwig August von Rochau zu Joschka Fischer, in: 1999, Heft 3/1988, 79-137 (117, 118, 122, 124) - Hervorhebungen von mir, R.L.

120) RAF-Erklärung vom April 1992 - Hervorhebungen von mir, R.L.

121) Karl-Heinz Dellwo im Konkret-Gespräch ("Sie wollen uns auslöschen ..."), in: Konkret 6/1992, 10-19 (11) - Hervorhebungen von mir, R.L.

122) Fischer u.a., a.a.O. (s. 86), 4 - Hervorhebung von mir, R.L..

123) RAF, a.a.O. (s. 14), 16 f. - Hervorhebung von mir, R.L.

124) RAF, a.a.O. (s. 37), 13.

- 125) Zitiert nach Kraushaar, a.a.O. (s. 119), 128.
- 126) Fischer u.a., a.a.O. (s. 86), 4.
- 127) Vollmer u.a., a.a.O. (s. 90), 25.
- 128) RAF, a.a.O. (s. 37), 13.
- 129) Gregor, a.a.O. (s. 2).
- 130) Gregor, a.a.O. (s. 68), 31, 32.
- 131) Gregor, a.a.O. (s. 2), 3 f.
- 132) Vollmer u.a., a.a.O. (s. 90), 24 - Hervorhebung von mir, R.L.
- 133) Fischer u.a., a.a.O. (s. 86), 11 - Hervorhebung von mir, R.L.
- 134) Initiative ..., a.a.O. (s. 8), 7 - Hervorhebung von mir, R.L.
- 135) DIE GRÜNEN, *Sinnvoll arbeiten, solidarisch leben*. Gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau, Bonn, 1983.
- 136) Brief von Karl-Heinz Dellwo vom 08.09.1992, S. 3 - Hervorhebungen von mir, R.L.
- 137) Fischer u.a., a.a.O. (s. 86), 6, 11 - Hervorhebungen von mir, R.L..
- 138) Gisela Erler, Antje Vollmer u.a., *Müttermanifest - Leben mit Kindern - Mütter werden laut*, Bonn, 1987 - Hervorhebungen von mir, R.L.
- 139) Brief von Lutz Taufer vom Januar 1993, S. 2 - Hervorhebungen von mir, R.L.
- 140) Waltraud Schoppe/Gisela Wülfing, *Selbstverständlich gleich sein - und trotzdem anders sein*, in: Fischer u.a., a.a.O. (s. 86), 13 - 16 (16) - Hervorhebung von mir, R.L.
- 141) Brief von Karl-Heinz Dellwo vom 8.9.1992, S. 4.
- 142) (Vermutlich erster Entwurf von Fischer u.a., a.a.O. (s. 86, vgl. ebd., das Vorwort auf S. 2) zitiert nach Thomas Ebermann/Rainer Trampert, *Yuppie ayeah!*, in: Vorabdruck aus: Konkret 7/1988, 2.
- 143) Knut Folkerts, Brief vom 7.1.1993, S. 4, mit sinnentstellenden Druckfehlern abgedruckt in: Angehörigen-Info, Nr. 113, 24.2.1993.
- 144) Brief von Lutz Taufer vom Januar 1993, S. 3
- 145) Fischer u.a., a.a.O. (s. 86), 10 - Hervorhebungen von mir, R.L.
- 146) Brief von Lutz Taufer vom Januar 1993, S. 2 - Hervorhebungen von mir, R.L.
- 147) Hubert Kleinert u.a. zitiert nach Michael Stamm/Jürgen Reents, *Bekanntnisse zur Gewaltfreiheit - oder: Welche Gewalt ist erlaubt*, in: AK 290, 11.1.1988, 25 f. (26).
- 148) Stamm/Reents, a.a.O. (s. 147), 26.
- 149) RAF, a.a.O. (s. 34), 5.
- 150) Gregor, a.a.O. (s. 61), 34.
- 151) Luxemburg, a.a.O. (s. 29), 404.
- 152) Kämpfende Kommunistische Zellen, *Konkrete Antworten auf konkrete Fragen*, in: Texte 1984-85, 29-32 (31 f.) - Hervorhebung im Original.

Der folgende uns zugesandte Text ist der zweite Teil einer kritischen Auseinandersetzung mit der aktuellen Diskussion um neue Begründungen revolutionärer Politik, insbesondere der der RAF. Teil 1, der Parallelen zur der um die Jahrhundertwende geführten Reformismus-Debatte in der SPD zog, erschien in ak 355.

© a.k.i Verlag für analyse, kritik und information GmbH, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg
Weiterveröffentlichung in gedruckter oder elektronischer Form bedarf der schriftlichen Zustimmung von a.k.i.
Auf Kommentare, Anregungen und Kritik freuen sich **AutorInnen und ak-Redaktion**

analyse+kritik

ak - Zeitung für linke Debatte und Praxis

www.akweb.de E-Mail: redaktion@akweb.de